



# Grüne Bilanz 2003–2007

## quer gelesen



in der Bremischen Bürgerschaft

## Vorwort

Mit dieser Bilanz unserer Fraktionsarbeit blicken wir auf vier erfolgreiche Jahre grüner Opposition zurück. Zwar wurden die meisten unserer parlamentarischen Initiativen von der großen Koalition abgelehnt. Aber auch wenn Oppositionsarbeit selten kurzfristige und darstellbare Erfolge zeigt, hat unsere Zähigkeit SPD und CDU nicht selten dazu gebracht, ihre veralteten Positionen zu relativieren und unsere in Teilen oder

sogar vollständig zu übernehmen: Wirtschaftsförderung für kleine und mittlere Betriebe, Ausbau des Kindergarten- und Hortangebots, Stopp der Affenversuche, mehr Unterstützung für Deichsicherheit und Klimaschutz, grundlegende Veränderungen in der Haushalts- und Finanzpolitik und eine Reform des Wahlrechts sind

nur einige wenige Beispiele, wo jetzt grüne Positionen übernommen und dann natürlich gerne als originär eigene ausgegeben werden. Damit haben wir kein Problem, das ist immer so bei erfolgreicher Oppositionspolitik – wir hoffen aber darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger kein so kurzes Gedächtnis haben: SPD und CDU kopieren die Grünen, wir sind das Original!

## Über 71.000 Menschen

in Bremen und Bremerhaven haben sich aktiv für eine Reform des Wahlrechts ausgesprochen – ein überwältigender Erfolg für die Initiative ›Mehr Demokratie e.V.‹, die von uns Grünen nach Leibeskraften unterstützt wurde. Um den Volksentscheid zu verhindern, hat die große Koalition nach vorheriger Ablehnung dem Gesetz im November 2006 zugestimmt. BürgerInnen dürfen danach ab 2011 bis zu fünf Stimmen auf einzelne KandidatInnen auch verschiedener Parteien verteilen.

## Steter Tropfen höhlt den Stein:

Während der gesamten Legislaturperiode brachten wir rund 235 Anträge, 45 Große und 140 Kleine Anfragen in die Bürgerschaft ein. Wir haben 40 aktuelle Stunden bestritten, den Senat 260 mal in der Fragestunde gelöchert, über den Haushalt gestritten und die Regierung mit Misstrauensanträgen unter Druck gesetzt.



*Karoline Linnert*  
Fraktionsvorsitzende



## Transparenz und Ehrlichkeit: Grüne Finanzpolitik in Bremen und Bremerhaven

Nach acht Jahren CDU-geführten Finanzressorts unter den Senatoren Nölle und Perschau hatte der Zustand der öffentlichen Finanzen ein bis dahin ungekanntes Maß an Verwahrlosung angenommen. Wir haben 2007 noch keine genaue Übersicht über den Schuldenstand außerhalb des Haushalts. Die ausgegründeten Gesellschaften konnten durch den Senat fast völlig unkontrolliert frei schalten, walten und Geld ausgeben. Als das Geld im Investitionssonderprogramm aufgebraucht war, wurde flugs ein neues Füllhorn ›Anschlussinvestitionsprogramm‹ erfunden. Dieses Programm soll in den Haushalten der Jahre 2007 bis 2014 stehen, das Geld wurde allerdings von der großen Koalition unter dem Etikett ›Kapitaldienstfinanzierungen‹ im Wesentlichen schon ausgegeben. Spitzenreiter bei diesem Spiel der besonders kreativen und gewissenlosen Kunst des Geldbesorgens ist der Container-Terminal IV, dessen letzte Rate aus dem Haushalt des Jahres 2047 bezahlt werden wird.

Als Senator Nussbaum sein Amt 2003 antrat, hat er die größte haushaltspolitische Sünde begangen, indem er 500 Millionen Euro als Einnahme aus dem so ge-

nannten Kanzlerbrief in den Haushalt 2004 einstellte. Als Reaktion auf den permanenten Druck der Grünen wurden diverse ›Aufräumarbeiten‹ begonnen. Heute gibt es eine Übersicht über die Vorbelastungen zukünftiger Haushalte, die die große Koalition zwingt, ihre einzigartige Verschuldungspolitik wenigstens zur Kenntnis zu nehmen. Es gibt regelmäßige Übersichten über den Finanzstand wichtiger Beteiligungen und Eigenbetriebe, die vom Gesetz vorgeschriebenen Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden ein bisschen ernster genommen. Die grüne Finanz- und Haushaltspolitik hat über ihre Kritik an der großen Koalition viel erreicht, verhindern konnten wir den Verschwendungskurs nicht. Die große Koalition steht mit ihrer Klage in Karlsruhe am Ende eines Irrwegs, der Bremen seine Selbständigkeit kosten kann. Gerade die Klageschrift der reicheren Länder und andere Gutachten bestätigen, dass der Weg der Grünen in der Haushalts- und Finanzpolitik, nämlich Sparsamkeit bei den Investitionen, Transparenz und Ehrlichkeit, Bremen eine sehr viel bessere Grundlage im Einsatz für eine gerechtere Finanzverteilung gebracht hätten.

# Bildung und Ausbildung: gleiche Chancen für alle

## Interview mit der bildungspolitischen Sprecherin Anja Stahmann

? Welche Themen haben die Grünen im Verlauf der letzten Legislaturperiode im Bildungsbereich angepackt?

**Anja Stahmann:** Auf unsere Initiative hin kam das Thema ›Unterrichtsausfall‹ auf die Tagesordnung der Bürgerschaft. Wir haben aufgedeckt, dass die Zahlen, die das Bildungsressort verbreitet, geschönt werden. Über die deutlich zu hohen Sitzbleiberquoten in Bremen hat das Parlament nicht nur diskutiert, sondern auch Fördermaßnahmen beschlossen. Wir haben dafür gesorgt, dass geplante Kürzungen bei der Migrantenförderung und bei den Schulen in den sozialen Brennpunkten wenigstens in Teilen zurückgenommen wurden. Senator Lemke musste auf unsere Nachfrage hin öffentlich Stellung beziehen zum Thema Lehrgesundheit und zu seinem peinlichen Umgang mit den vielen hundert Überlastanzeigen von Lehrkräften.

? Mit welchen Kampagnen und Veranstaltungen seid ihr an die Öffentlichkeit gegangen?

**Anja Stahmann:** An unserer Bildungskampagne ›Gute Bildung – Gute Besserung‹ gegen die Änderung des Schulgesetzes haben sich viele Bremerinnen und Bremer

aktiv beteiligt. Wir haben eingeladen zum ersten Bremer Ganztagschulfachtag ›Wege zu einer kindgerechten Lernkultur‹ und damit ein breites Publikum erreicht. Gemeinsam mit Betroffenen und Verbänden haben wir Grünen den Haushaltsvorbehalt im Schulgesetz bei der Förderung behinderter Kinder kritisiert.

? An welchen Stellen habt ihr euch durchgesetzt?

## Ganztagschulen weiter ausbauen und qualitativ verbessern

Wir Grünen unterstützen die aktuelle Forderung des Ganztagschulverbands (GGT), die im Aufbau befindlichen und die neuen Ganztagschulen in Bremen gut auszustatten.

Statt auf Sparmodelle setzen wir auf Qualität durch ergänzende Lernangebote für benachteiligte wie für begabte SchülerInnen mit qualifiziertem Personal. Zunächst sollen in der Primarstufe weitere Ganztagschulen entstehen, in einem nächsten Schritt dann in den weiterführenden Schulen.



JEDES KIND  
HAT EIN RECHT  
AUF BILDUNG

Anja Stahmann

## Interview



**Anja Stahmann:** Wir Grünen haben erreicht, dass Ganztagschulen in verbindlicher Form die Regel und nicht mehr die Ausnahme sind und dass auch behinderten Kindern die verlässliche Grundschule angeboten wird. Den unsinnigen Plan, die Mensa an der Gesamtschule Ost abzureißen, hat die große Koalition verworfen, genauso wie das geplante teure Umzugskarussell von Schulen in der Vahr. Die radikalen Kürzungen bei der Erwachsenen- und der Weiterbildung wurden zumindest in Teilen zurückgezogen. Ein herausragender Erfolg ist sicherlich, dass die überflüssige Bildungs-GmbH beerdigt wurde.

Und nicht zuletzt sind wir dafür verantwortlich, dass viele Schulen zügig von PCB und anderen Schadstoffen befreit wurden.

**?** Für welche Themenfelder werdet ihr euch auch in der kommenden Legislaturperiode einsetzen und was würdet ihr schnellstmöglich verwirklichen, käme es zu einer Regierungsbeteiligung der Grünen?

**Anja Stahmann:** Unser Motto ›Gleiche Bildungschancen für alle von Anfang an‹ wird weiterhin ganz oben stehen. Dazu gehören die bessere Unterstützung von Kindern mit Migrationshintergrund und die Förderung aller Talente von Kindern und Jugendlichen, anstatt sie in Begabungsschubladen zu sortieren. Dabei möchten wir auch Eltern intensiver mit einbeziehen, und zwar vom Kindergarten und von der Grundschule an. PädagogInnen müssen besser aus- und fortgebildet werden. Die Eigenständigkeit der Schulen wollen wir weiter ausbauen und vor allem die Grundschulen personell besser ausstatten. Mit gezielten Förderprogrammen wollen wir die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss vermindern. Gute Schulen in Bremen und Bremerhaven sollen mit einem Qualitätssiegel ausgezeichnet werden.





## Für ein selbstbestimmtes Leben von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sind und bleiben unsere ›Großprojekte‹, in die wir investieren wollen. Sie brauchen einen ›starken Start‹ ins Leben, der zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss und damit zu einer sozialen, kulturellen und ökonomischen Teilhabe führt. Die in Bremen und Bremerhaven weit verbreitete Kinderarmut wollen wir bekämpfen und die Situation betroffener Kinder durch kostenlose, interessante Freizeitangebote und gesunde Ernährung in Kindergärten und Schulen verbessern. Familien in schwierigen Lebenslagen sollen unterstützt werden. Nach dem

Fall Kevin hat sich die große Koalition immerhin zu den Bremer Familienhebammen bekannt und mehr Stellen bewilligt.

Politische Entscheidungen werden oft über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg getroffen. Das wollen wir ändern: Kinder und Jugendliche sollen an Entscheidungsprozessen mitwirken können.

Ein Beispiel dafür ist der von den Grünen in Schwachhausen durchgesetzte Jugendbeirat.

Auf unseren Druck hin hat sich die große Koalition endlich in punkto ›Senkung des Wahlalters‹ bewegt und das ›Wahlalter 16‹ für die Beiräte beschlossen. Das reicht uns noch nicht: Wir machen uns dafür stark, dass Jugendliche ab 16 Jahren auch auf kommunaler und Landesebene wählen dürfen. Auf unsere Initiative hin hat 2006 erstmals wieder ›Jugend im Parlament‹ getagt. Von nun an werden wieder jährlich junge Leute für drei Tage die Bürgerschaft einnehmen, um dort ihre Themen zu debattieren.

Mit einer Broschüre hat die grüne Fraktion das Projekt ›Kinderarmut in Bremen‹ unterstützt. Rund 200 Schülerinnen und Schüler schildern darin plastisch und ungeschminkt den Alltag von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Die Broschüre ist im grünen Fraktionsbüro erhältlich.

## An diesen Themen werden wir weiter dranbleiben:

Qualifizierte Zweitkräfte in Kindertageseinrichtungen, eine bessere Qualifizierung der ErzieherInnen (Senat bügelt unsere Initiativen bislang ab), mehr männliche Erzieher in die KTHs (der Senat hat zwar dafür inzwischen ein Konzept vorgelegt, aber wir sind noch nicht zufrieden), die verbindliche Umsetzung des ›Aktionsplans kinderfreundliches Bremen‹: Bislang weigert sich der Senat, verbindliche Ziele zu beschließen, die Entwicklung eines zukunftsfähigen Hortkonzepts.



Der Bremer Jugendring konnte als starke Vertretung der Jugendverbände erhalten werden, die Versicherungssumme für das abgebrannte KTH Andernacher Straße verblieb im Stadtteil Osterholz (auch wenn wir eigentlich das KTH wieder neu aufbauen wollten!), das ›Freiwillige Ökologische Jahr‹ in Bremen wurde von 25 Plätzen auf 40 ausgebaut.

## Perspektiven für Hochschulen und Studierende in Bremen und Bremerhaven



### Erfolg

Nach der so genannten Landeskinderregelung wurden mit dem Bremer Studienkontengesetz erstmalig zum Wintersemester 06/07 Studiengebühren in Höhe von 500 Euro von Studierenden, die außerhalb des Landes Bremen wohnen, erhoben. Unsere Kritik, dass das Gesetz aufgrund der Ungleichbehandlung von

Studierenden je nach Wohnort verfassungswidrig sei, wurde durch den Beschluss des Verwaltungsgerichts bestätigt.

Wir haben die Themen ›Frauenförderung‹ und ›Frauenquote im Wissenschaftsbereich‹ ins Parlament und in die öffentliche Diskussion gebracht. Im Rahmen einer Anhörung ist es uns gelungen, gemeinsam mit den Frauenbeauftragten der Hochschulen und den geladenen Expertinnen dem Ziel der Chancengleichheit eine weitere Etappe näher zu kommen.

**Leider ohne Erfolg** haben wir uns dagegen gewehrt, dass die Zuständigkeit für die Lehre mit der Föderalismusreform allein bei den Ländern liegt. Die erfolgreichen und bewährten Kooperationen zwischen Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich können nicht fortgesetzt werden, die Kosten für Hochschulbauten (Hörsäle, Mensen, Cafeterien) müssen nach einer Übergangsfrist komplett vom Land Bremen bereitgestellt werden.

### Nicht verhindern

konnten wir trotz heftigen Protests die Fortführung der Affenversuche an der Universität (Genehmigung bis 2008). Zwar vertritt auch die SPD öffentlich, sie wolle den Ausstieg organisieren. Allerdings wollen sie dies von dem Votum einer unserer Ansicht nach einseitig besetzten Expertenrunde abhängig machen. Seit neuestem verspricht auch die CDU das Ende der Affenversuche. Sie will die öffentlichen Mittel streichen, verschweigt aber, dass die Versuche im Wesentlichen durch Drittmittel finanziert werden.

Auf die lange Bank schiebt die große Koalition auch den von uns bereits zweimal eingebrachten Gesetzesentwurf zum Verbandsklagerecht im Tierschutz.



### Wir werden uns weiter einsetzen für:

- ▶ ein gebührenfreies Studium,
- ▶ die Rücknahme der konzeptionslosen Kürzungsvorschläge der großen Koalition im Wissenschaftsbereich,
- ▶ für eine vernünftige Planungsgrundlage für die Hochschulen,
- ▶ für die Weiterentwicklung des von der Schließung bedrohten Sportstudiengangs.

# Menschliche Arbeit für Bremen

## Erfolge und Misserfolge

Wir haben dafür gesorgt, dass die BAGIS Rechenschaft ablegen musste über ihre Eingliederungsbilanz und darüber, wie sie ihre Budgets verwendet hat.

Die Umwidmung der Mittel weg von den Ein-Euro-Jobs und zweifelhaften ›Trainingsmaßnahmen‹ hin zu mehr sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen haben wir leider nicht erreicht. Immerhin gibt es da jetzt eine leichte Kurskorrektur: Die BAGIS will jetzt mehr Arbeitslose in sozialversicherungspflichtige Jobs bringen und mehr Geld für Qualifizierung bereitstellen.

Nachdem wir skandalisiert hatten, dass die BAGIS ihre arbeitsmarktpolitischen Mittel 2005 gerade einmal zur Hälfte eingesetzt hatte, wurden sie 2006 fast aufgebraucht.



Die Finanzierung der offenen Beratungseinrichtungen für Frauen und Jugendliche konnte auf unsere Initiative hin im Großen und Ganzen gesichert werden.



Die Landesprogramme zur Existenzgründungsförderung wurden zum Teil so angepasst,

dass sie leichter von Frauen und MigrantInnen wahrgenommen werden können.

Wir haben den Skandal, der sich um die Insolvenz der BBV (Bremer Bootsbau Vegesack) rankt, öffentlich gemacht. Dass der Senat die BBV ohne Konzept weiter fördert, konnten wir nicht verhindern.

Mit unserem Anstoß einer Bundesratsinitiative zum Erhalt der Selbstständigkeitsförderung des Bundes (Ich-AG, Überbrückungsgeld) sind wir nicht durchgekommen. Ebenso wenig wurde unsere Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe zur Bekämpfung der Ausbildungsplatzlücke umgesetzt.

Wir haben das Thema ›Prekäre Beschäftigungsverhältnisse von Frauen‹ mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit gebracht.

Ein Sonderprogramm für Berufsrückkehrerinnen konnten wir leider nicht durchsetzen.

## Als wichtige Aufgaben für die Zukunft sehen wir...

- ☛ die sinnvolle Verwendung des Eingliederungsbudgets der BAGIS,
- ☛ den sinnvollen Einsatz der ESF-Mittel (für Qualifizierung und Bildung, damit Ausbildungsplatzsuchende tatsächlich auch ausbildungsfähig sind),
- ☛ ein Bremer Programm zum Abbau der ›Bugwelle‹ an AusbildungsanwärterInnen, die in Warteschleifen die Zeit überbrücken,
- ☛ den Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse.



## Parteilichkeit für benachteiligte Menschen: Grüne Sozialpolitik in Bremen und Bremerhaven

Nach dem Verständnis grüner Sozialpolitik sind soziale Hilfen das gute Recht von Bürgerinnen und Bürgern und keine Almosen. Wer wie die große Koalition gerade im Bereich Beratung kurzfristige Spareffekte erzielen will, schadet nicht nur den Menschen in Notlagen, sondern produziert langfristig sogar höhere öffentliche Ausgaben.

Die Einführung und Umsetzung von Hartz IV haben wir in Bremen aktiv und kritisch begleitet. Unter anderem haben wir uns für höhere Mietgrenzen bei der Übernahme von Unterkunftskosten für ALG-II-BezieherInnen (Ein-Personen-Haushalte) sowie für eine angemessene Versorgung mit Heizenergie eingesetzt. Unseren entsprechenden Antrag hat die große Koalition abgelehnt, ebenso unseren Vorstoß, die Mietenkungsschreiben so lange zurückzuhalten, bis geklärt ist, ob die jetzt geltenden Obergrenzen in Einklang mit der Rechtslage festgelegt wurden. Wir sind dafür eingetreten, dass begleitende Hilfen für Erwerbslose, wie z. B. die Schuldnerberatung, psychosoziale Hilfen und Kinderbetreuungszuschüsse, tatsächlich und zeitnah gewährt werden. Für Frauen, die ALG II beziehen und Schutz im Frauenhaus suchen, hat die

große Koalition bei der Beantragung von Zuschüssen große Hürden aufgebaut. Dies haben wir angeprangert: Es darf nicht sein, dass Frauen in bedrohlichen Situationen ausharren müssen, weil sich die BAGIS nicht zuständig fühlt.

Menschen, die kein Konto vorweisen können, sind von einer gleichberechtigten Teilhabe am Geschäftsleben ausgeschlossen und werden bei der Arbeits- und Wohnungssuche benachteiligt. Unseren Kampf für ein Girokonto auf Guthabenbasis für jeden Menschen haben wir vorerst verloren, werden uns aber weiter dafür einsetzen.

Wir haben durchgesetzt, dass auch BezieherInnen von Arbeitslosengeld II die so genannte KammerCard bekommen und damit nun Preisermäßigungen in kulturellen Einrichtungen oder bei Weiterbildungskursen in Anspruch nehmen können.

Nachdem die große Koalition das Gesetz zur Gleichstellung Behinderter nur in reduzierter Fassung beschlossen hat, versucht sie jetzt, es zu umgehen. Wir wollen, dass das Gesetz endlich mit Leben gefüllt und dass die Gleichstellung behinderter Menschen in allen Lebensbereichen Schritt für Schritt verwirklicht wird.

## Wir setzen uns weiter ein für:

- ☉ ein bundeseinheitliches Heimrecht – im Interesse der Qualität der Heime und zum Schutz älterer Menschen,
- ☉ ein selbstbestimmtes Leben älterer Menschen und alles, was sie in diesem Wunsch unterstützt,
- ☉ die Belange behinderter und in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen: barrierefreie Sozialzentren, Hilfen für Sehbehinderte bei nachts abgeschalteten Ampeln, die Rücknahme der Kürzungen beim Sonderfahrdienst für Behinderte (Antrag wurde von SPD und CDU abgelehnt), barrierefreies Bauen.

# Hintergründe aufdecken: zwei Untersuchungsausschüsse und die Lehren für die Zukunft

*Auch in dieser Legislaturperiode haben die Grünen ihre Pflicht, aus der Opposition heraus Skandale zum Schaden Bremens aufzudecken und die verfehlte politische Steuerung von GmbH und Behörden anzuprangern, ernst genommen. Von Oktober 2006 bis März 2007 leitete Karoline Linnert den Untersuchungsausschuss zum Bremer Klinikskandal. Klaus Möhle und Dirk Schmidtman engagierten sich im Untersuchungsausschuss ›Kindeswohl‹, der den Fall des toten Kevin aus Gröpelingen aufklären sollte.*

## **Der Bremer Klinikskandal – mehr als ein Fall Lindner**

Nach einer kurzen, aber heftigen öffentlichen Beweisaufnahme und der Befragung von über 100 Zeuginnen und Zeugen steht fest, dass dem Krankenhaus Bremen-Ost ein erheblicher finanzieller Schaden entstanden ist. Der vom damaligen Klinik-Chef Andreas Lindner mit der Klinik Rastede abgeschlossene Vertrag ist wahrscheinlich gültig und beschert Bremen die Verpflichtung, ob mit oder ohne Patienten, 10 Jahre lang Miete zu bezahlen, am Ende wohl über vier Millionen Euro. Erschreckend für uns ist das

hohe Maß an Kontrollversagen auf Seiten der senatorischen Behörde. Die ›modernen Manager‹ genossen schier grenzenloses Vertrauen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, haben der damalige Staatsrat Knigge und leitende Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde den Kopf in den Sand gesteckt. Von einer politischen Steuerung der Krankenhaus-Gesellschaften keine Spur, stattdessen sollten sich die Kräfte des Marktes entfalten, ohne dass der Senat seinen Pflichten als Verwalter Bremer Vermögens nur ansatzweise nachgekommen wäre.

Der Untersuchungsausschuss hat aber auch ergeben, dass der Fall Lindner nur ein Teil des Problems ist. Parlamentarische Kontrolle und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit sind im Gesundheitsressort völlig aus der Mode gekommen. Aufsichtsräte werden unvollständig informiert, Abgeordnete belogen, bei Nachfragen hingehalten. Der für das Krankenhaus Bremen-Mitte geplante Neubau, den die Grünen in der Sache unterstützen, soll mit privaten Investoren auf Teufel komm heraus durchgezogen werden, obwohl deutlich wurde, dass massiv gegen das Gleichbehandlungsgebot aller Bieter verstoßen wurde und sich alle Berechnungen auf aus der Luft gegriffene Zahlen berufen. Deshalb muss der Untersuchungsausschuss auch Kraft für die Zukunft entfalten: eine verbesserte Kontrolle der Krankenhäuser durch das Parlament und eine vom Staat verantwortete Finanzierung des Neubaus sind die wichtigsten Lehren.



## Untersuchungsausschuss ›Kindeswohl‹: Sparschraube im Sozialbereich überdreht Interview mit Klaus Möhle, grüner Obmann im Ausschuss

? Welchen Zusammenhang siehst du nach den Zeugenvernehmungen zwischen den Sparmaßnahmen im Sozialressort und dem Fall Kevin?

**Klaus Möhle:** Die CDU hatte im Sozialressort ein Einsparpotenzial von 93 Millionen Euro pro Jahr gesehen und eingefordert. Nachdem das Ressort deutlich gemacht hat, dass es auf maximal 12 Millionen Euro verzichten könne, hat die CDU auf 40 Millionen bestanden, geeinigt wurde sich dann auf 25 Millionen. Wie auf einem Basar haben SPD und CDU mit dem Budget gehandelt, völlig jenseits von fachlichen Erwägungen.

? Hätte der Tod von Kevin verhindert werden können?

**Klaus Möhle:** Es gab wahnsinnig viele Hinweise auf die extreme Gefährdung des Kindes. Polizei, Professor-Hess-Kinderklinik, Tagesmutter, Hermann-Hildebrandt-Haus, Kinderarzt – sie alle haben sich irgendwann an das Jugendamt

gewandt und sind dort abgeprallt. Diese Menschen haben im Rahmen ihrer professionellen Verantwortung gehandelt, darüber hinaus aber wenig Zivilcourage gezeigt. Das Versagen des Jugendamts ist sicher zum einen dem persönlichen Fehlverhalten des ›Fallmanagers‹ anzulasten. Dieses wurde allerdings extrem begünstigt durch die chaotischen Amtsstrukturen, wenn nicht sogar dadurch verursacht. Innerhalb kürzester Zeit wurde dort x-mal umstrukturiert. Eine verfehlte Personalpolitik tat ihr Übriges hinzu: Der Altersdurchschnitt der MitarbeiterInnen liegt bei 54 Jahren!

? Was muss getan werden, um so einen Fall in Zukunft zu verhindern?

**Klaus Möhle:** Ein Team, das in konkreten Fällen handlungsfähig ist, muss rund um die Uhr erreichbar sein. Für eine bessere Kontrolle ist die Einführung des Vieraugenprinzips bei schweren Fällen, wie z. B. Inobhutnahme von Kindern, sinnvoll. Es muss eine Struktur etabliert werden, die fachliche Erörterungen möglich macht und nicht nur auf Dienst-anweisungen basiert. Und last but not least benötigt das Amt eine Personalentwicklung, die ihren Namen verdient.

### Die beiden jüngsten Bremer Skandale

forderten ihren Tribut: Staatsrat Arnold Knigge nahm wegen der Klinik-Affäre seinen Hut, gegen seine Chefin, SPD-Senatorin Karin Röpke, brachten die Grünen einen Misstrauensantrag in die Bürgerschaft ein. Bevor dieser behandelt werden konnte, trat Röpke wegen des Todes des kleinen Kevin zurück.

## Bremen und Bremerhaven: ökologisch, lebendig, lebenswert

Energiewende beschleunigen, Potenziale zur Energieeffizienz besser ausschöpfen



Die Energiepolitik steht vor gewaltigen Herausforderungen: Der Klimawandel ist spürbar, die Ressourcen werden knapper und die Energie teurer. Die große Koalition in Bremen hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Viel zu wenige Maßnahmen hat der Senat auf den Weg gebracht und die wenigen viel zu zögerlich umgesetzt. Für uns Grüne ist und bleibt Energiepolitik von zentraler Bedeutung. Die Energiewende schont nicht nur die Umwelt und schafft Arbeitsplätze, sie ist auch zwingend, um unsere Verantwortung für globale und Generationengerechtigkeit wahrzunehmen. Dazu kann und muss jede/r Einzelne, jede Kom-

mune und jedes Land einen Beitrag leisten.

Wir haben eine Reihe von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden vorgeschlagen. Wir haben das

EU-Ökoaudit ›EMAS‹ eingeführt und damit die Fraktionsarbeit durchleuchtet. Mit dem verbindlichen Umweltmanagementsystem wollen wir noch besser werden und haben uns ehrgeizige Umweltziele gesetzt, um Ressourcen zu schonen und Vorbild zu sein für andere Institutionen.

Mit unserem Antrag, das Rathaus mit Ökostrom zu versorgen, kam Bewegung in die Bremer Energiepolitik. Die Verbesserung der Energieeinsparung im öffentlichen Gebäudebestand wurde auf den Weg gebracht, eine Energieoptimierung in der Bauleitplanung haben wir angeschoben. Wir haben dafür gesorgt, dass schlechte Verträge für Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden nachgebessert wurden. Weiter verfolgen wir die Nutzung der Blocklanddeponie als Standort für regenerative Energien sowie den Ausbau der Nah- und Fernwärmenutzung.

**Wir haben** uns für die Verhinderung des swb-Kohlekraftwerks in Bremen-Mittelsbüren und ein Bauverbot in Überschwemmungsgebieten (Gewerbegebiet Stein-damm, Hemelinger Fuldahafen, Brokhuchting) eingesetzt. Mit unserem hartnäckigen Engagement für ein Weserwasserkraftwerk haben wir auch die große Koalition von dieser Art der Energiegewinnung überzeugt: Das Kraftwerk soll gebaut werden.





## Umweltschutz, Bremen als grüne Stadt

Mit Unterstützung von vielen Bürgerinnen und Bürgern haben wir es geschafft, die Uniwildnis zu erhalten und die West-Erweiterung des Technologieparks verhindert. Teure Eintrittskarten für den Rhododendronpark und den Botanischen Garten konnten wir abwenden, der Baumschutz wurde nach jahrelangem Protest etwas verbessert. Für sauberere Luft in Bremen und Bremerhaven werden wir uns weiter einsetzen und die Reduzierung der Feinstaubbelastung vorantreiben, z. B. durch die Einführung von Umweltzonen.

Auf unseren Druck hin hat der Senat der Europäischen Kommission nach jahrelanger Verzögerung wertvolle Naturgebiete – wie das Hollerland – nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie gemeldet.

Die Binnendüne in Bremen-Nord wollen wir erhalten. Den Skandal um den von der GEWOSIE vernichteten Wald in Bremen-Nord haben wir thematisiert und setzen uns für die Wiederaufforstung ein. Die Finanzierung der Deichverbände konnte mit unserer Unterstützung abgesichert werden und damit die Deichsicherheit – zumindest zurzeit – gewährleistet werden. Die Arbeit des Bodenschutzreferats ist durch unsere kontinuierliche Kontrolle deutlich verbessert worden. Strafanzeigen und eine EU-Beschwerde taten das ihrige, um Druck gegen Missbräuche und Wirtschaftskriminalität bei Altlastenentsorgung und Sanierung aufzubauen.

## Wir wollen:

- einen ausreichenden Hochwasserschutz,
- keine Vertiefung der Unterweser,
- die Ausweisung der Uniwildnis als Landschaftsschutzgebiet,
- die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr,
- die Ausweisung des Wasserschutzgebiets Vegesack,
- eine Verbesserung des Immissionsschutzes (Sondermüllverbrennungsanlage Blumenthal, Stahlwerke etc.).

## Wir verfolgen:

- die Ausweisung eines Biosphärenreservats gemeinsam mit Niedersachsen,
- mehr Baumschutz und die Absicherung des Altbaumbestands,
- besseren Gesundheitsschutz durch Verringerung von Luftschadstoffen und Lärm,
- keine Gewerbenutzung der Arberger-/Mahndorfer Marsch und den Erhalt der Osterholzer Feldmark,
- den Erhalt und die zeitgemäße Nutzung der Kleingartengebiete,
- eine Verbesserung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes,
- die Einführung des Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzvereine,
- die Optimierung der Kooperation mit Niedersachsen: Fusion der Landwirtschaftskammern, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie etc.





## Die Stadt von morgen: Stadtentwicklung und Verkehr



### Erfolge

Die Grünen waren die Ersten, die sich strikt gegen den Abriss (wie von der BIG vorgeschlagen) und für die Sanierung des ›Bamberger Kaufhauses‹ im Stephanierviertel ausgesprochen haben. Dieses Jahr wird die Volkshochschule das neue Domizil beziehen, das in seiner rekonstruierten Erscheinung ein architektonisches Highlight im Westen der Bremer Innenstadt ist.

Der ursprünglich von der großen Koalition geplante Verkauf der Gewoba konnte mit großer Unterstützung aus der Stadt abgewendet werden. Damit ist die kommunale Wohnungsbaugesellschaft als zuverlässige Partnerin der Stadtentwicklung, insbesondere für sozial benachteiligte Quartiere, bestätigt worden. Auch auf grüne Initiative hin gab es mehrere Bürgerbeteiligungen und moderierte Verfahren in der Stadt, wie zum Stadionbad und der Pauliner Marsch mit Weserstadion. Den Kontrakt zwischen AnwohnerInnen, zwei Senatsressorts und Werder Bremen werten wir als großen Erfolg. Allerdings wollen wir zukünftig mehr Verlässlichkeit in die Umsetzung der gefundenen Lösungen bringen und damit das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern in die Politik erneuern.

### Auf unsere Initiative hin:

- ☛ ist das Thema demografischer Wandel weiter in das Bewusstsein der Bremer Öffentlichkeit gerückt, unter anderem durch unsere Veranstaltungsreihe 2005 (soziales Zusammenleben, Wohnungsmärkte, Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV)
- ☛ ist das Thema Wohnen in der Überseestadt ständig präsent. Jetzt bekommen wir durch das große Interesse von Investoren dafür Bestätigung.
- ☛ wurden die Entwicklungen des Stephani-Quartiers mit Radio Bremen, VHS, Anbindung Überseestadt, Weiterentwicklung Schlachtte zusammenfassend betrachtet. Bürgerbeteiligung hat sich dort als feste Größe installiert.
- ☛ Frühzeitig haben sich die Grünen mit den städtebaulichen Chancen auf dem Gelände des Klinikums Mitte beschäftigt, die durch die notwendige Konzentration der Klinik-Infrastruktur entstehen. Das große Interesse vieler Akteure in der Stadt lässt die Planung zu einer öffentlichen Angelegenheit werden.

## Die Stadt von morgen: Stadtentwicklung und Verkehr



Die Uniwildnis konnte vorerst gerettet werden. Auch die AnliegerInnen des Technologieparks haben den Wert von gemischten Stadtteilen erkannt und fordern eine Nachverdichtung mit Wohn- und Dienstleistungsangeboten. Dies sollte Grundlage für zukünftige Planungen von Stadtgebieten werden.

### Themen, die uns weiter beschäftigen werden:

Die Bebauung der Osterholzer Feldmark ist von der großen Koalition weiter vorbereitet worden. Dieses für Bremen sehr teure Vorhaben, das am Bedarf vorbei geplant wurde, gehört endlich beendet.

Auch die Planungen für die Erweiterung der Schwachhauser Heerstraße und des Concordia-Tunnels stehen weiter auf der Agenda der gegenwärtigen SPD/CDU-Regierung. Gemeinsam mit den betroffenen drei Beiräten, der Bürgerinitiative und vielen Anwohnern und Anwohnerinnen kämpfen wir gegen die Realisierung.

Die Bedingungen in Bremen für den öffentlichen Nahverkehr sollten kontinuierlich weiter verbessert werden.



## Abgelehnt hat die große Koalition

- ☛ unseren Vorschlag, die Kosten öffentlicher Bauvorhaben auf Baustellenschildern zu dokumentieren,
- ☛ unseren Antrag, auf die Sanierungsabgabe in Gröpelingen zu verzichten (nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im Stadtteil Gröpelingen sollten ca. 70 Haushalte mit einer Sanierungsabgabe von 2.000 bis 8.000 Euro belastet werden),
- ☛ unseren Einsatz gegen die Verlängerung der B 74.

Die Farge-Vegesacker-Eisenbahn, die wir seit Jahren fordern, kann endlich umgesetzt werden, die Verlängerungen der Straßenbahnlinien in Bremen und ins Umland sind überfällig. Wir setzen uns ein für ein Tempolimit auf Autobahnen und mehr verkehrsberuhigte Straßen in der Innenstadt.



## Stadt im Aufbruch: Grüne Wirtschaftspolitik für Bremen und Bremerhaven

Das Bremer Mittelstandsförderungsgesetz allein hilft den anvisierten Unternehmen noch nicht weiter. Neben der Sicherung der industriellen Kerne wollen wir neue Schwerpunkte setzen und den Fokus auf die kleinen Betriebe und Unternehmen mit bis zu 49 MitarbeiterInnen lenken. Hier und in Frauen als Unternehmerinnen steckt jede Menge ausbaufähiges Potenzial, das bisher sträflich vernachlässigt wurde. Mit der Vorlage eines Förderkonzepts für kleine, mittlere und kleinste Unternehmen haben wir den ersten Stein ins Rollen gebracht. Ein besonderes Augenmerk richten wir auch auf Unternehmen, die von MigrantInnen geführt werden: Mit einer Veranstaltung und Bürgerschaftsanträgen haben wir den Anstoß dafür gegeben, dass diese nun als spezifische Zielgruppe besser gefördert werden.

Die falsche Investitionsstrategie der letzten Jahre hat Bremen einen gigantischen Vorrat an Gewerbeflächen mit Autobahnanschluss eingebrockt. Den enormen Flächenvorrat in Bremen (über 200 Hektar) und Bremerhaven haben wir ins Parlament

gebracht, und siehe da: Der Senat hat einen Plan zum Abbau des Gewerbeflächenvorrats vorgelegt. Während wir die Ausdehnung des Technologieparks West verhindert haben, wurden wir bei der Erschließung der Arberger/Mahndorfer Marsch und der Ausweisung des Geländes der Bremer Baumwollkämmerei als Industriegebiet überstimmt.

Prestigeprojekte im Tourismusbereich sind ein weiteres Erbe der großen Koalition. An den Folgen angeblicher ›Magneten‹ wie dem Space Park und der Rennbahn de luxe wird Bremen noch lange zahlen. Versuche, ein tragfähiges Tourismuskonzept für Bremen und Bremerhaven zu erstellen, sind an der großen Koalition gescheitert. Bremen hat Touristen viel zu bieten – das wollen wir

## Hartnäckig

haben wir gegen die staatliche Unterstützung von Hotels, wie z. B. der Zech-Hotels in Bremerhaven und am Bredenplatz, protestiert. Mit Erfolg: Ab sofort ist endlich Schluss mit der Hotelsubventionierung – sie gelten nicht länger als förderwürdig.

erhalten. Neue Ideen sind willkommen, sollten aber zu Bremen und Bremerhaven passen. Für das Auswandererhaus und das Klimahaus haben wir uns daher von Anfang an eingesetzt.



## VerbraucherInnen

brauchen eine starke Interessenvertretung: Wir haben uns erfolgreich für die finanzielle Absicherung der Verbraucherzentrale eingesetzt.



### Ein Hauch von Paris

Mit einer open-air-Galerie am Weserufer wollen wir Bremen an den Sommerwochenenden attraktiver machen. Die Schlachte bietet ideale Voraussetzungen für eine Kunst-Promenade – ähnlich wie am Seineufer in Paris. Malerinnen und Maler könnten an Sonntagen ihre Werke präsentieren und miteinander ins Gespräch kommen.

Der grüne Bürgerschaftsantrag, eine regelmäßige bunte open-air-Galerie mit Unterstützung des Senats anzuschließen, wurde von der großen Koalition abgelehnt. Schade, mit ein wenig Geld und Unterstützung könnten ausprobiert werden, ob nicht auch in Bremen ein kunterbunter Kunstmarkt sein Publikum findet.

### Kultur ist Lebensqualität

Kultur macht einen wesentlichen Bestandteil der Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven aus. Sie ist ein wichtiger Baustein zur Sanierung unseres Bundeslandes. Sie bietet täglich Anlass sich zu freuen, sich zu ärgern, sie provoziert und sorgt

für Diskussion. Kunst setzt sich kritisch mit der Gesellschaft auseinander, hält ihr den Spiegel vor und gibt Denkanstöße. Deshalb ist Kultur kein Luxus, sondern unverzichtbar!

Immer wieder haben die Grünen den armseligen Umgang der großen Koalition mit der Kultur kritisiert. Das Kulturressort ist und bleibt ein ungeliebter Wanderpokal: Allein in den letzten vier Jahren brachte es die CDU auf drei Kultursenatoren:

Hartmut Perschau, Peter Gloystein und Jörg Kastendiek. Allen gemein ist die mangelnde Wertschätzung der Kultur, ihrer Einrichtungen und Beschäftigten. Symptomatisch ist die peinliche Inszenierung rund ums Bremer Theater. Ernsthaft wurde dessen Konkurs in Erwägung gezogen.

Die Grünen setzen auf das kreative Potenzial der Kulturschaffenden. Die begonnene Verknüpfung von Kultur, Bildung, Wissenschaft und Stadtentwicklung wollen wir fördern. Wir streiten für eine verlässliche und solide Förderung der Kultur – das gilt für Theater, Museen und große und kleine Institutionen – sowie für eine angemessene Projektförderung für Innovation und Experimente. Kultur ist für uns kein Privileg einer kleinen Oberschicht: Sie ist eine Bereicherung für alle.

### Kunst an der Schlachte

Die Fraktionsräume an der Schlachte verändern regelmäßig ihr Gesicht: KünstlerInnen aus Bremen und der Region gestalten mit wechselnden Ausstellungen die Entrées. Die Werke mit häufig politischem oder gesellschaftskritischem Ansatz sorgen für Diskussionen in den grünen Räumen – nicht nur bei den Vernissagen. Ganz im Sinne einer gegenseitigen Befruchtung von Kunst und Politik.



## Sport tut Bremen gut

Traditionell arbeiten in der Sportpolitik alle Bürgerchaftsfraktionen und die Sportverbände eng zusammen. Wir Grünen beteiligen uns kritisch und solidarisch an dieser Arbeit. Fehlentwicklungen zu korrigieren, vorausschauende Strukturreformen anzustoßen und sinnlose, unbezahlbare Projekte zu Gunsten einer organischeren Entwicklung der Sportstätten zu verhindern waren die Schwerpunkte unserer Arbeit in den vergangenen vier Jahren.

So haben wir massiv Einwände gegen den Ausbau des Grambker Sportparksees zu einem überdimensionierten Regattazentrum mit künstlich angelegter Wildwasserbahn erhoben. Wer solche Luxusprojekte am Bedarf der Bremer SportlerInnen vorbei plant, kann notwendige Mittel für Sanierung, Erhalt und moderate Weiterentwicklung der Bremer Sportstätten nicht finanzieren. Prestigeprojekte einiger Weniger gehen auf Kosten ganz vieler Freizeit- und LeistungssportlerInnen. Hier waren und sind wir Grünen die einzige politische Kraft, die ein klares NEIN ausgesprochen hat.



Überdimensionierte Projekte und schlampige Kontrolle der Mittelverwendung verursachen ständig drohende Finanzierungskrisen und Vereinsinsolvenzen. Hier hat die Sportpolitik nicht früh genug der Verschwendung Einhalt geboten und die Verwaltung ihre Aufsicht nicht wahrgenommen. Grüne stehen für einen grundsätzlich sparsameren und effizienteren Umgang mit öffentlichen Mitteln zum Wohle der nachhaltigen und bedarfsgerechten Entwicklung der Sportstätten.

Wer in Bremen qualifiziert Sport in Schulen und Vereinen anbieten will, braucht den frischen Input von gut ausgebildeten SportlehrerInnen, ÜbungsleiterInnen und SportmanagerInnen. Ein qualifiziertes Angebot in Forschung und Lehre an der Universität Bremen ist daher unverzichtbar. Wir Grünen setzen uns für eine Kooperation mit dem Fachbereich ›Public Health‹ ein. Damit würde die wichtige Rolle des Sports bei der Gesundheitsvorsorge, der sozialen Integration und bei der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen verstärkt.





## Bunt macht Bremen stark

In der letzten Wahlperiode haben wir unsere engagierte Migrationspolitik fortgesetzt und einen Zehn-Punkte-Plan für eine bessere Integration entwickelt. Die Bekämpfung der unübersehbaren Probleme, die Zuwanderung auch mit sich bringt, wollen wir verknüpfen mit der besseren Nutzung der vorhandenen Potenziale von besser ausgebildeten, mehrsprachigen, multikulturellen MigrantInnen. Die Anerkennung von ausländischen Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen darf nicht länger verweigert werden. Es ist absurd, dass MigrantInnen in die Arme der BAGIS getrieben werden, während viele Bremer Firmen und Einrichtungen händeringend nach Fachkräften suchen.

An der Gründung eines Bremer Rats für Integration haben wir intensiv mitgearbeitet und wollen dieses Gremium als kritische Stimme nachhaltig in der Bremer Integrationspolitik etablieren.

Die so genannten ›Kettenduldungen‹ wollen wir abschaffen. Anhand eines Gutachtens, das wir in Auftrag gegeben haben, konnten wir nachweisen, dass Innenminister Riewerkamp durch politische Vorgaben gezielt

die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für jahrelang geduldete Menschen in Bremen verhindert hat.

Gegen die Zustände im Ausländeramt haben wir mehrfach in der Öffentlichkeit protestiert – sowohl im Parlament als auch auf einer nächtlichen Mahnwache. An der menschenunwürdigen Situation hat sich trotz Versprechungen aus dem Innenressort nichts verändert. Durchgesetzt haben wir die Veröffentlichung von Erlassen und Anwendungshinweisen in ausländischen Fragen.

Für die Einrichtung einer Härtefallkommission haben wir uns lange stark gemacht, 2006 war es endlich so weit. Noch leidet die Kommission an vielen Kinderkrankheiten – das muss sich aus unserer Sicht zukünftig ändern.

Für die Freilassung und Wiedereinreise von Murat Kurnaz nach Bremen haben wir uns über die gesamte Legislaturperiode hinweg engagiert, mit parlamentarischen Initiativen und einer großen Solidaritätsveranstaltung. Nach seiner Freilassung kämpfen wir an der Seite der Bundestagsfraktion für die Aufklärung der Hintergründe seiner langen Haft in Guantanamo und der dubiosen Rolle des Bremer Innenministers und des Verfassungsschutzes.



## Bremens Sicherheit war bei Röwekamp nicht in guten Händen

Trotz schneidiger Worte und einer permanenten aber sinnlosen Öffentlichkeitsoffensive hat die CDU wichtige Bereiche der Innenpolitik nicht in den Griff bekommen:

Den Innendeputierten wurde lange ein kriminalpolizeiliches Lagebild vorenthalten, das sich mit Ursachen und Zusammenhängen von Kriminalität beschäftigt. Wir waren und sind für einen offensiven Umgang mit diesen Thesen als Voraussetzung für spürbare Verbesserungen.

Die Stimmung bei der Polizei ist unter dem Nullpunkt: Tausende von Überstunden, stetig neue Aufgaben, die Abschaltung des polizeiinternen Intranets, als es zu einigen kritischen Äußerungen darin kam. Für uns Grüne gehören Intranet und Kritik zu einer demokratischen und erfolgreichen Polizei dazu. Auch die Auswirkungen der von uns mitgetragenen, weil angesichts der Haushaltslage alternativlosen Polizeireform müssen endlich offen und transparent diskutiert werden.

Durch monatelanges Austricksen und Hinhalten bei der Benennung zweier Ortsamtsleiter in Schwachhau-

sen/Vahr und Burglesum hat Röwekamp der bürgernahen Stadtteildemokratie einen schweren Schaden zugefügt. Auch auf grünen Druck hin haben/werden beide Stadtteile Ortsamtsleiter bekommen, die vom Beirat getragen werden.

Das blanke Chaos: Seit Jahren werden MigrantInnen in der Ausländerbehörde wie Menschen dritter Klasse behandelt. Durch grünen Druck wurden die nächtlichen Zelte und Sperren für ›Kunden‹ des Ausländeramts wieder aufgehoben. Durch die Schließung aller dezentralen Meldestellen sind die verbliebenen drei BürgerServiceCenter in Bremen völlig überlastet. Wir treten für mobile Dienste ein für diejenigen, die selbst nicht mehr mobil sind.

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) und sein Leiter Walter Wilhelm stehen nicht erst seit gestern in der Kritik. Durch die dreisten Manipulationen der Quellen in Sachen Murat Kurnaz wurde die Unfähigkeit und innere Zerstrittenheit im LfV bundesweit öffentlich.

Schon vor der von Röwekamp verniedlichten tödlichen Vergabe von Brechmitteln stand der endgültige Stopp des Verfahrens auf unserer Agenda. Der unrechtmäßige Einsatz der Brechmittel wurde schließlich durch den Europäischen Gerichtshof bestätigt.





## Für eine zukunftsgerichtete Hafenpolitik

Häfen sind eine tragende Säule der Bremer Wirtschaft. Der Containerterminal bringt Arbeit für Bremen, Bremerhaven, aber auch die Umgebungsregionen der beiden Städte. Der Umschlag insbesondere im

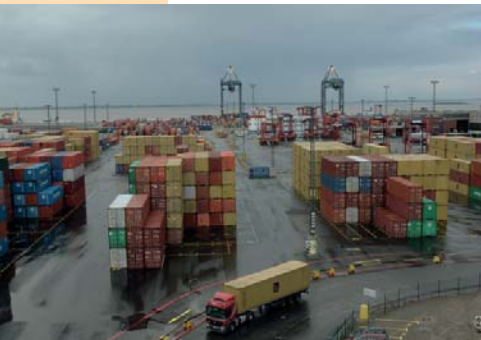
Hafenbereich ›Container‹ boomt. Grüne tragen diesem Umstand mit einer zukunftsgerichteten Hafenpolitik Rechnung. Den Fokus haben wir vor allem auf die ökologischen Bedingungen der Hafenvirtschaft gerichtet. Die Schadstoffbelastung in Bremerhaven

muss minimiert werden. Die alten, die Umwelt verpestenden Schiffsmotoren gehören abgeschafft. Mit massivem Druck haben wir versucht, die Einführung neuer Modelle, die eine höhere Leistung bringen und umweltfreundlichere Kraftstoffe verbrennen, zu beschleunigen.

Die globalisierte Weltwirtschaft, die Öffnung der Ostmärkte und der Boom von China und Indien

führen zu erhöhten Warenströmen. Um diese Entwicklungen bewältigen zu können, brauchen wir Logistikstrukturen, die nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den ökologischen Anforderungen gerecht werden. Die vorhandenen Hafenflächen müssen optimaler und effektiver genutzt werden, die Binnenschiffsverkehre wollen wir nach vorn bringen. Den Abtransport von Gütern über die Schiene wollen wir weiter entwickeln. Für die Nordumgehung als hinterlandseitige Straßenanbindung des Containerterminals in Bremerhaven haben wir uns von Anfang an ausgesprochen. Wir wollen den Verkehr möglichst aus der Stadt heraushalten.

Die Diskussion um das europäische Grünbuch ›Meerespolitik‹ haben wir mit einer Großen Anfrage in die Bürgerschaft gebracht, um das Thema nach vorne zu bringen und aktiv an dem Konsultationsprozess teilzunehmen. Uns erschien es wichtig, das Thema öffentlich zu machen, weil viele Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend informiert sind über die Bedeutung der Ozeane und Meere. Eine nachhaltige Meerespolitik halten wir Grünen für notwendig, um den gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum, sozialem Wohlstand und Umweltschutz gerecht zu werden.



## Zukunftsperspektiven für Bremerhaven

Die große Koalition ist zu Beginn der letzten Legislaturperiode angetreten mit dem Ziel, den Strukturwandel in der Seestadt Bremerhaven voranzutreiben. Wie steht Bremerhaven heute da?

Die Seestadt leidet weiter unter gravierenden Problemen, wie hoher Arbeitslosigkeit, weit verbreiteter Kinderarmut und verschuldeten Haushalten. Aber es sind auch positive Entwicklungen zu erkennen, beispielsweise das Alfred-Wegener-Institut, Bio Nord, das Schaufenster Fischereihafen, das Auswandererhaus, der Zoo, das Technologie-Transfer-Zentrum (ttz). Doch damit sind Bremerhavens Probleme nicht gelöst: Zwar sind eine Menge finanzieller Mittel in den Strukturwandel der Stadt geflossen, aber ob diese so angelegt wurden, dass sie Arbeitsplätze schaffen und sichern sowie die Wirtschaftskraft stärken konnten,

wagen wir Grünen zu bezweifeln. Den steigenden Umschlagszahlen im Hafen steht eine riesige Investitionssumme gegenüber, die das Land nicht alleine schultern kann. Im Rahmen der Föderalismusreform müssen die Hafenlasten auf mehrere Schultern verteilt werden. Was die Anbindung der Häfen angeht, so hat es der Senat verpasst, sich mit den Umlandgemeinden über eine vernünftige Lösung zu verständigen.

Die fehlenden Arbeitsplätze in Bremerhaven werden nicht in dem Maße im Tourismusbereich entstehen, wie es die große Koalition versucht, der Bevölkerung weiszumachen. Attraktionen wie das Auswandererhaus, den Zoo und das Klimahaus haben wir Grünen immer unterstützt, weil sie gut zu dieser Stadt passen. Das Mediterraneo hätte es mit uns Grünen nicht gegeben. Es wird der Innenstadt Kaufkraft abziehen, aber, genau wie der Space Park in Bremen, niemals die von der großen Koalition utopisch hoch prognostizierten Besucherzahlen (1,3 Millionen pro Jahr) erreichen. Den erhofften 260 Arbeitsplätzen steht eine Investitionssumme allein für die Kuppel von 6,5 Millionen Euro gegenüber. Dieses Geld hätten wir gern für den Bereich ›personennahe Dienstleistungen‹, wie z. B. die Gesundheitswirtschaft, verwendet, dort werden in Zukunft Arbeitsplätze entstehen.





Allein 4000 Arbeitsplätze sind in der Stadt der Krankenhausversorgung zuzurechnen. Doch bei der Krankenhausplanung hat die große Koalition für nötige Investitionen viel Zeit verstreichen lassen.

Ein weiteres Problem ist der immense Wohnungsleerstand: Hier sind die Wohnungsbaugesellschaften gefragt, deshalb haben wir Grünen immer dafür gekämpft, dass die Gewoba nicht privatisiert wird. Doch die Gesellschaften müssen finanziell durch die Politik gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass die Stadt die notwendigen Kofinanzierungen von Bundesmitteln nicht bereitstellt und die Mittel deshalb in die Stadt Bremen fließen.

Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten hat Bremerhaven den gleichen (falschen) Weg wie Bremen gewählt: Zurzeit stehen von 554 Hektar immer noch 175 leer, immer in der Hoffnung, dass irgendwann die entsprechende Nachfrage kommt. Hier wurde viel Geld festgelegt, das wir woanders gut hätten brauchen können.

Bremerhaven braucht Zuwachs. Doch nur mit einem zukunftsfähigen Stadtentwicklungskonzept werden sich BürgerInnen wieder langfristig an die Stadt binden. Neben der Wohnqualität sind dafür auch Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze wichtige Faktoren.

**Unser Fazit: Die große Koalition sollte nicht in die nächste Legislaturperiode versetzt werden.**



Jens Crueger



Ralf Dillmann



Matthias Gildner



Doris Hoch



Jan Köhler



Karin Krusche



Peter Lehmann



Karoline Linnert



Karin Mathes



Klaus Möhle



Tanja Prinz



Dirk Schmidtman



Silvia Schön



Anja Stahmann



Heiga Trüpel



Elisabeth Wargalla



**Herausgeberin**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

in der Bremischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Andrea Quick

Schlachte 19/20, 28195 Bremen

**Grafische Gestaltung**

Designbüro Möhlenkamp, Maris Schuldt,

Jörg Möhlenkamp, dm-bremen.de

**Fotos**

Dagmar Bleiker, Ulf Eversberg, Monika Heuss,

Thomas Kollande, Gloria del Mazo, Kay Michalak,

Designbüro Möhlenkamp, Hans-Joachim

Müller-Hanssen, SeeBA Energiesysteme GmbH,

Klaus Tietz, Andrea Quick

**Druck**

Girzig & Gottschalk auf

100 % Recycling-Papier Cyclus Print, März 2007



in der Bremischen Bürgerschaft